

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

3. Juni 2015
1 von 2

Entwicklungskonzept Wohnen erstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1632 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Drubel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, bis zum November 2015 ein Entwicklungskonzept Wohnen für Kassel zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ziele:

- Ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen bereitstellen.
- Weitere Preissteigerung auf dem Wohnungsmarkt verhindern.
- Den Bedarf an günstigem barrierefreien Wohnraum decken.
- Die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen ermöglichen.
- Den Bedarf an Wohnungen für Studierende decken.
- Vertreibung der bisherigen Mieter*innen durch Sanierungen verhindern.
- Eine soziale Mischung in allen Stadtteilen sicherstellen.

Folgende Instrumente sollen berücksichtigt werden:

- Anwendung von Konzeptverfahren bei der Vergabe städtischer Flächen, in dem die inhaltliche Ausrichtung des Bauvorhabens und nicht das finanzielle Höchstgebot als Vergabekriterium zur Wirkung kommt. Dieses Verfahren zielt auf die bevorzugte Vergabe an sozial- und wohnungspolitisch verantwortungsvoll agierende Wohnungsunternehmen und -projekte, bevorzugt in der Rechtsform der Genossenschaft.
- Der Bestand kommunaler Wohnungen (GWG) wird erhalten und als geförderter Wohnraum ausgebaut.
- Förderung von Baugemeinschaften.
- Erhalt der langfristigen politischen Steuerungsfähigkeit der Stadt durch die Vergabe der städtischen Flächen in Erbpacht.
- Bei Bebauungsplänen bzw. bei damit verbundenen städtebaulichen Verträgen mit Investoren ist ein 30%-Mindestanteil an gefördertem Wohnraum zwingend vorzuschreiben.

- Die Stadt nutzt ihre planungs- und satzungsrechtlichen Möglichkeiten, um den Eigentumswohnungsboom zu bremsen.
- Erlass von sozialen Erhaltungssatzungen gemäß §172ff BauGB für bestimmte Wohngebiete, auf deren Grundlage die Stadt beim Verkauf bestehender Wohnungen Vorkaufsrecht bekommt oder ersatzweise Vereinbarungen mit dem Investor bezüglich Miethöhe, Umwandlung in Eigentumswohnungen und maßvoller Sanierung treffen kann.
- Einrichtung einer genossenschaftlichen Immobilienagentur, etwa nach dem Vorbild der GIMA in München, um gegebenenfalls das Vorkaufsrecht wahrnehmen zu können und um bei der Erschließung von Konversionsflächen (Flächenbevorratung) als Käufer auftreten zu können.
- Ausbau der Fachstelle Wohnen
- Ausweitung einer Belegungssteuerung durch Kooperationsverträge.
- Zu Zweckentfremdung und Leerstand soll ein Monitoring-System eingerichtet werden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Entwicklungskonzept Wohnen erstellen, 101.17.1632, wird **abgelehnt**.

Dominique Kalb
Vorsitzender

Andrea Herschelmann
Schriftführerin